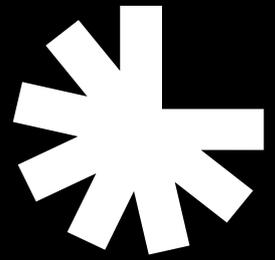


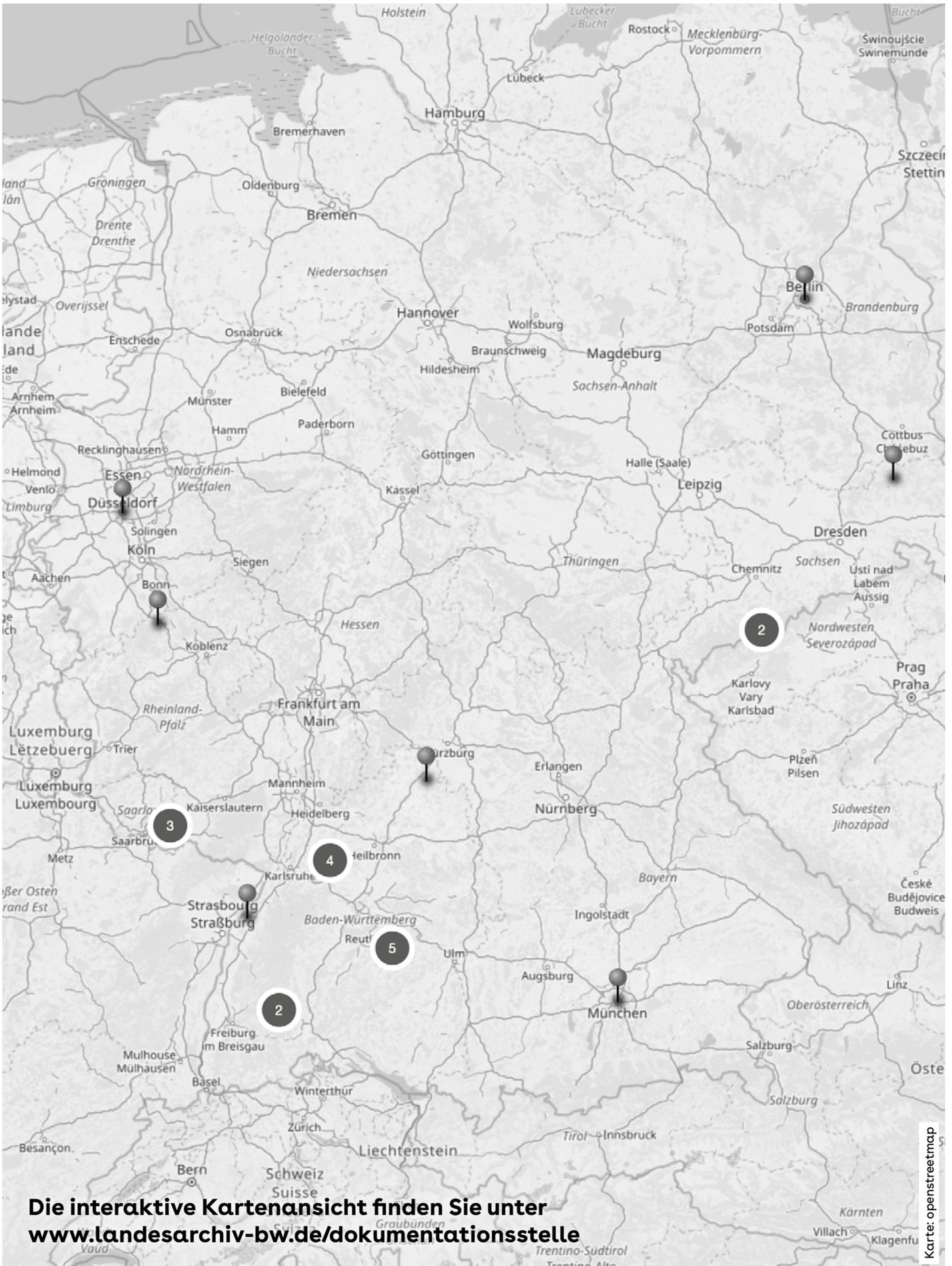
1.2021



# RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv**  
**Baden-Württemberg**  
Dokumentationsstelle  
Rechtsextremismus



Die interaktive Kartenansicht finden Sie unter [www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle](http://www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle)

## Editorial

Vor zehn Jahren, am 4. November 2011, wurde die mörderische Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) enttarnt. In Thüringen entzogen sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt durch Suizid ihrer drohenden Verhaftung durch die Polizei, nachdem sie kurz zuvor eine Sparkassenfiliale in Eisenach überfallen hatten. Wenige Stunden später setzte Beate Zschäpe die gemeinsame Wohnung des Tätertrios in Zwickau in Brand, um belastendes Beweismaterial zu vernichten. Am 8. November stellte sie sich der Polizei in Jena.

Erst allmählich fügte sich vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit eine Reihe von Morden an Menschen mit Migrationshintergrund und einer Polizeibeamtin, Raubüberfällen und Sprengstoffanschlägen zu den eiskalt geplanten Taten eines rechtsterroristischen Netzwerks, des Nationalsozialistischen Untergrunds, zusammen. Die grundlegende Fehleinschätzung durch die Strafverfolgungsbehörden und die Nachrichtendienste – man hatte bei den Taten einen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Hintergrund weitestgehend ausgeschlossen – führte zu einer Krise der bundesrepublikanischen Sicherheitsarchitektur. Auf Bundes- und Länderebene wurden zur Klärung der Vorgänge Untersuchungsausschüsse eingerichtet. In Baden-Württemberg beschäftigten sich eine Enquete-Kommission und zwei Untersuchungsausschüsse in der 15. und 16. Wahlperiode mit dem NSU. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand der Mord an der jungen Polizistin Michèle Kiesewetter auf der Heilbronner Theresienwiese – ihr Kollege überlebte schwerverletzt – am 25. April 2007. Der ausführliche Schlussbericht des zweiten Untersuchungsausschusses, der zugleich ein umfassendes Maßnahmenbündel gegen rechtes, demokratiefeindliches Gedankengut enthält, wurde durch die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, der CDU, SPD und der FDP / DVP – bei einem Sondervotum der AfD – angenommen (Drucksache 16 / 5250).

Zu den empfohlenen Maßnahmen des Untersuchungsausschusses gehört auch der Aufbau einer Dokumentationsstelle Rechtsextremismus, die 2020 durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst beim Landesarchiv Baden-Württemberg am Standort Generallandesarchiv Karlsruhe eingerichtet wurde. Grundlage der Stelle bildet die Materialsammlung von Anton Maegerle, die der vielfach ausgezeichnete Journalist dem Generallandesarchiv als Schenkung übergab. Zudem unterstützt er weiterhin beratend die Arbeit der Dokumentationsstelle. Mit rund 2500 Leitzordnern, einer umfassenden Datenbank mit mehr als zwei Millionen Einträgen und einer einzigartigen Sammlung an rechtsextremen Zeitschriften gilt die „Sammlung Maegerle“ als größte ihrer Art in Deutschland.

Die systematische Auswertung von Zeitungen, Webseiten und sozialen Netzwerken wird auch künftig eine zentrale Aufgabe der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus sein. Aus diesem umfassenden Quellenfundus kann das neue Journal RECHTS.GESCHEHEN schöpfen.

RECHTS.GESCHEHEN wird künftig in jährlich vier Ausgaben über aktuelle Aktivitäten rechter Netzwerke, über demokratiefeindliches Gedankengut und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit berichten. Das Journal wird einen regionalen Schwerpunkt auf Baden-Württemberg legen, ohne dabei den Blick auf überregionale Ereignisse zu vernachlässigen. Bewusst sollen die Ausgaben eine historische „Tiefenschärfe“ bis zurück zu den Anfängen der parlamentarischen Demokratie in Deutschland besitzen, wie sie sich im Jahr 1919 in der Weimarer Republik etablierte. So werden Kontinuitäten demokratiefeindlichen Handelns in Deutschland deutlich. Zugleich erinnern wir daran, dass eine aktive und verantwortliche Erinnerungskultur einen unverzichtbaren Bestandteil unserer historisch-politischen Bildungsarbeit bildet. Denn auch die Deutung von Geschichte ist Teil der Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut im Hier und Heute.

RECHTS.GESCHEHEN richtet sich an zivilgesellschaftliche Initiativen und politische Entscheidungsträger, ebenso an Institutionen der Rechtsprechung und Strafverfolgung. Wir verstehen uns als Teil eines umfassenden Bündnisses von Initiativen und Einrichtungen, die sich gegen rechte Netzwerke und gegen demokratiefeindliches Gedankengut einsetzen. Die kurzen Artikel wollen über aktuelle Ereignisse informieren, zum Nachdenken anregen und gegen eine menschenverachtende Sprache sensibilisieren – als Beitrag zum Zusammenhalt unserer pluralistischen, demokratischen Zivilgesellschaft.

Karlsruhe / Stuttgart, im Oktober 2021

Prof. Dr. Gerald Maier  
Präsident des Landesarchivs  
Baden-Württemberg

Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann  
Leiter des Generallandesarchivs Karlsruhe  
im Landesarchiv Baden-Württemberg

## Juli

### Baden-Württemberg: NPD-„Gedenken am Panzergraben“ in Memprechtshofen

Im zweiten Quartal dieses Jahres ist es zu 29 von Rechtsextremisten durchgeführten oder dominierten Kundgebungen mit in der Regel überregionaler und/oder nennenswerter Teilnehmermobilisierung gekommen, die der Bundesregierung bekannt geworden sind. Dies geht im September aus der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 19/32188) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (BT-Drs. 19/31941) hervor. Eine dieser Kundgebungen fand in Baden-Württemberg statt.

Am 18. April veranstaltete die NPD im badischen Rheinau ein „Gedenken am Panzergraben“. Im Ortsteil Memprechtshofen fanden sich 25 Rechtsextremisten ein. Redner waren Daniel Strunk von der Neonazi-Kleinstpartei Die Rechte und Jan Jaeschke, Landesvorsitzender der baden-württembergischen NPD. Nach den Reden sowie der Totenehrung wurden Fackeln entzündet und „Ich hatt‘ einen Kameraden“ gesungen. Im Fackelschein und mit Trommelschlägen wurde der Aufmarsch beendet.

*hib – heute im bundestag Nr. 1008. Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen. Mittwoch, 8. September 2021; hier: Rechtsextreme Veranstaltungen im zweiten Quartal 2021*

### Baden-Württemberg: AfD-Politikerin Baum attackiert politische Mitbewerber

Die baden-württembergische AfD-Politikerin Christina Baum hat im Bundestagswahlkampf Medienberichten zufolge politische Mitbewerber diffamiert. Über ihre Twitter- und Facebook-Seiten postete sie dieses Statement: „CDU und FDP sind die größten Huren...“ – und in kleiner Schriftgröße darunter: „...im politischen Leben und nicht weniger schädlich für unser Land als die Grünen.“ Zahnärztin Baum, frischgebackene Bundestagsabgeordnete, war zuletzt AfD-Landtagsabgeordnete. Baum gilt als Vertraute des Rechtsextremisten Björn Höcke.

*<https://www.derwesten.de/politik/afd-cdu-bundestagswahl-dr-christina-baum-baden-wuerttemberg-fdp-bundestagswahlkampf-id232859047.html> / eingesehen am 23. Juli 2021*

### Baden-Württemberg / Rheinland- Pfalz / Nordrhein-Westfalen: Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe durch Rechtsextreme

Nach den verheerenden Unwettern in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen Mitte Juli war die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung groß. Die Aufräumarbeiten lockten allerdings auch „Helfer“ aus der rechtsextremen Szene, sogenannte Reichsbürger und Selbstverwalter, Coronaleugner sowie Personen aus dem Querdenker- und Verschwörungsspektrum an.

So wollen unter dem Motto „Nationale Solidarität – JETZT! Wir helfen wo der Staat versagt!“ die NPD-Landesverbände aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern sowie die NPD-Vorfeldorganisation „Deutsche helfen Deutschen BW“ eine „Nationale Hochwasserhilfe“ ins Leben gerufen haben, um im rheinland-pfälzischen Bad Neuenahr-Ahrweiler am Aufbau der mobilen Wasserversorgung mitzuwirken. Spendenaufrufe veröffentlichten u.a. die Neonazi-Parteien Die Rechte, Der III. Weg und die NPD sowie die von dem gebürtigen Baden-Württemberger Jürgen Elsässer gegründete verschwörungstheoretische Monatszeitschrift Compact. In dem schriftlichen Bericht des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zu „Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe durch Rechtsextreme“ (30. August 2021) wird konstatiert: „Die Rechtsextremisten sowie Anhänger der Corona-Leugner-Bewegung nutzen die Situation, um ihre Narrative in die Öffentlichkeit zu tragen. Es wird einerseits der Staat als handlungsunfähig und die Politiker als handlungsunwillig dargestellt und andererseits gerieren sich die Extremisten als ‚Kümmerer‘, die ein vermeintliches Staatsversagen ausgleichen.“

Weiter heißt es: „Die Vorgänge in der Hochwasserregion haben gezeigt, dass die ‚Querdenken‘-Szene trotz ihrer Heterogenität über einen hohen Organisationsgrad, nennenswerte finanzielle Möglichkeiten und kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit verfügt. Durch Medienaktivisten dieser Szene findet eine permanente Inszenierung statt, die unter anderem darauf abzielt, staatliche Organisationen vor Ort und in den sozialen Medien zu delegitimieren.“ Der Bericht endet mit den Worten: „Dass der Verfassungsschutz den neuen Phänomenbereich ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘ eingerichtet hat, trägt dieser Entwicklung Rechnung.“

*Rundbrief von kontakt@npd-hessen.de vom 22. Juli 2021*

*Schriftlicher Bericht des Ministeriums des Innern des Landes NRW für die Sitzung des Innenausschusses am 2. September 2021 zu dem Tagesordnungspunkt „Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe durch Rechtsextreme“ vom 30. August 2021*

Bayern / Baden-Württemberg:  
**Freiburger Stadtrat wegen  
 Nötigung verurteilt**

In einem Berufungsverfahren vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth ist der parteilose Rechtsanwalt und Stadtrat Dubravko Mandic aus Freiburg wegen Nötigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der Burschenschaftler soll im Mai 2019 der Rechtsextremismus-Expertin Birgit Mair bei einer Veranstaltung von Anhängern des rechten Flügels innerhalb der AfD im mittelfränkischen Greding das Smartphone aus der Hand gerissen haben. Deshalb muss Mandic 60 Tagessätze zu je 120 Euro bezahlen sowie die Prozesskosten von Erst- und Berufungsinstanz übernehmen. Vor einem Jahr hatte das Amtsgericht Schwabach Mandic deshalb wegen Nötigung verurteilt. Dieses Urteil ist nun vor dem Landgericht in Nürnberg bestätigt worden, aber noch nicht rechtskräftig. Mandic ist im April dieses Jahres aus der AfD ausgetreten, noch im März kandidierte er bei der baden-württembergischen Landtagswahl erfolglos für die AfD. Aktuell vertritt Mandic im Prozess vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht gegen die mutmaßlichen Rechtsterroristen der Gruppe S. einen der zwölf Angeklagten.

*<https://www.br.de/nachrichten/bayern/nuernberg-afd-stadtrat-aus-freiburg-wegen-noetigung-verurteilt,SdnYG61/> eingesehen am 21. Juli 2021*

Baden-Württemberg:  
**AfD-Kandidat gewählt**

Im dritten Durchlauf ist der von der AfD nominierte Kandidat Bert Gärtner im baden-württembergischen Landtag mit Stimmen anderer Fraktionen zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungsgerichtshofs ohne Befähigung zum Richteramt gewählt worden. Der 66-jährige Gärtner erhielt 37 Ja-Stimmen, 77 Abgeordnete enthielten sich, 32 stimmten mit Nein. Die AfD-Fraktion besteht aus 17 Abgeordneten. Anfang Juli war Gärtner in zwei Wahlgängen noch klar durchgefallen. Er arbeitet für die AfD-Abgeordnete Carola Wolle.

*<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.wahl-von-afd-mann-bert-matthias-gaertner-gruenen-fraktion-zeigt-verstaendnis-fuer-kritik.584f4f06-c66e-4cdf-8847-0c0b94ab88b0.html/> eingesehen am 23. Juli 2021*

Bundesweit:  
**Straftaten mit antisemitischem  
 Hintergrund**

Im zweiten Quartal 2021 sind in Deutschland mit Stand vom 29. Juli acht Menschen infolge politisch motivierter Straftaten mit antisemitischem Hintergrund leicht verletzt worden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 19/31962) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (BT-Drs. 19/31777) weiter hervorgeht, wurden dem Bundeskriminalamt (BKA) für den Zeitraum von Anfang April bis Ende Juni dieses Jahres 558 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet, darunter 16 Gewalttaten. Zu diesen Straftaten wurden der Antwort zufolge bis zum genannten Stichtag insgesamt 246 Tatverdächtige ermittelt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den anhaltenden Antisemitismus in Deutschland kritisiert. „Ich wünschte sehr, ich könnte Ihnen sagen, der Anschlag von Halle hätte zu einer Wende geführt“, schrieb der Bundespräsident in einer Grußbotschaft zum jüdischen Neujahrsfest Rosch Ha-Schana. „Aber die Realität ist: Jüdinnen und Juden in Deutschland werden weiterhin verhöhnt, herabgewürdigt, gewaltsam angegriffen.“ Bei dem von Steinmeier erwähnten Anschlag im sachsen-anhaltinischen Halle hatte ein Rechtsextremist im Oktober 2019 versucht, bewaffnet die dortige Synagoge zu stürmen. Als er damit scheiterte, erschoss er auf offener Straße eine zufällig vorbeilaufende Passantin und später einen jungen Mann in einem Dönerimbiss. Der antisemitische Täter Stephan Balliet ist inzwischen wegen zweifachen Mordes und vielfachen Mordversuchs verurteilt. Steinmeier beklagte, dass die Corona-Pandemie dem Antisemitismus Vorschub geleistet habe. „Schlimmste antisemitische Verschwörungsmymen haben neuen Aufwind erfahren“, schrieb er. „Es schmerzt mich und macht mich zornig, dass antisemitischer Hass und judenfeindliche Hetze sich so offen zeigen – ausgerechnet in Deutschland.“

*hib – heute im bundestag Nr. 971 vom 23. August 2021*

*<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-walter-steinmeier-nennt-antisemitismus-in-deutschland-unertraeglich-a-f21749e7-4965-4128-a57c-78bd520335f4/> eingesehen am 1. September 2021*

## August

### Bundesweit: Verbreitung antisemitischer Inhalte in den sozialen Medien steigt

Die Verbreitung antisemitischer Inhalte in den sozialen Medien hat während der Corona-Pandemie stark zugenommen. So stieg die Zahl antisemitischer Inhalte in deutscher Sprache auf Twitter, Facebook und Telegram während der ersten beiden Monate des Jahres 2021 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten um das Dreizehnfache. Das ist das Ergebnis der Studie „The rise of antisemitism online during the pandemic“, die die Europäische Kommission vorgestellt hat.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210603-antisemitische-inhalte\\_de/](https://ec.europa.eu/germany/news/20210603-antisemitische-inhalte_de/)  
eingesehen am 1. August 2021

---

### Baden-Württemberg: Hasskriminalität

746 Straftaten im Bereich Hasskriminalität registrierte die Polizei 2020 in Baden-Württemberg (2019: 777 Delikte). Der größte Teil entfällt mit 650 Straftaten auf das rechte Spektrum (links: 12 Straftaten), heißt es in der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Landtagsfraktion. 228 Fälle der vom Landeskriminalamt ausgewerteten Straftaten waren antisemitisch (rechts: 207, links:1). Im Jahr 2020 wurden insgesamt 13 Delikte zum Themenfeld „antiziganistisch“ (rechts: 13, links: 0) erfasst. Bei Hasskriminalität handelt es sich nach Angaben des Landeskriminalamts um politisch motivierte Straftaten, die auf Vorurteilen beruhen. Diese beziehen sich etwa auf die Hautfarbe, das äußere Erscheinende oder die sexuelle Orientierung. Der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ wird konkrete Handlungsempfehlungen für den Kampf gegen Hass und Hetze erarbeiten. Mitglieder des Kabinettsausschusses sind das Staatsministerium, das Innenministerium, das Kultusministerium, das Sozialministerium und das Justizministerium. Die hierfür eigens eingerichtete Geschäftsstelle im Innenministerium soll alle im Kabinettsausschuss anfallenden Aufgaben koordinieren und bündeln.

[http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17\\_0573\\_D.pdf](http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/0000/17_0573_D.pdf) // eingesehen am 15. Oktober 2021

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/hasskriminalitaet-in-bw-100.html> /  
eingesehen am 30. August 2021

[https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/entschlossen-gegen-hass-und-hetze/?&pk\\_medium=newsletter&pk\\_campaign=210914\\_newsletter\\_daily&pk\\_source=newsletter\\_daily&pk\\_keyword=gesellschaftlicher\\_zusammenhalt](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/entschlossen-gegen-hass-und-hetze/?&pk_medium=newsletter&pk_campaign=210914_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily&pk_keyword=gesellschaftlicher_zusammenhalt) / eingesehen am 14. September 2021

---

### Thüringen: Polizeiführung erinnert Beamte an Verfassungstreue

Seit dem Frühjahr 2021 hat der Thüringer Verfassungsschutz die Landes-AfD unter Björn Höcke, Vorsitzender der Fraktion der AfD im Thüringer Landtag, als erwiesen rechtsextrem eingestuft. Die AfD ist aus Sicht des Verfassungsschutzes als extremistisch anzusehen, weil bei ihr Bestrebungen erkennbar seien, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden. Genau auf diese freiheitlich-demokratische Grundordnung haben aber alle Polizisten in Thüringen ihren Dienst abgelegt. Das hat nun Folgen bei der Thüringer Polizei. In einem internen Schreiben werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihre Pflicht zur Verfassungstreue erinnert und amtlich belehrt. Das Dokument zielt offenbar besonders auf AfD-Mitglieder in der Polizei.

Höcke hat sich mehrfach zu Corona-Maßnahmen der Bundesregierung geäußert: „Angela Merkel und ihre Ministerpräsidenten wollen, können und werden ihren Corona-Bunker nicht mehr verlassen. Koste es was es wolle, rüstet man sich zum Endkampf um die ewige Corona-Pandemie. Die Corona-Apartheid wurde (...) verstetigt, unser Land in der Sackgasse festgesetzt. Der Weg in einen neuen, sanften Totalitarismus ist vorgezeichnet. Für alle wirklichen Demokraten gilt allerdings nach wie vor: Wer einen Wert absolut setzt, und sei es die Gesundheit, der er angeblich dient, um damit alle relevanten Grund- und Freiheitsrechte auszuhebeln, hat den Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen!“

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-polizei-verfassung-100.html> /  
eingesehen am 14. August 2021

<https://afd-thl.de/2021/08/10/hoecke-der-weg-in-den-totalitarismus-ist-vorgezeichnet/> /  
eingesehen am 10. August 2021

---

Bundesweit:  
**Antisemitische Verschwörungsmythen in Zeiten der Coronapandemie: Das Beispiel QAnon**

Antisemitische Verschwörungsmythen erlebten in Zeiten der Coronapandemie eine starke Konjunktur. Deshalb hat das American Jewish Committee Berlin eine Studie mit dem Titel „Antisemitische Verschwörungsmythen in Zeiten der Coronapandemie: Das Beispiel QAnon“ in Auftrag gegeben. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS) hat die Untersuchung für das American Jewish Committee Berlin Ramer Institute erstellt. Die Studie soll dazu beitragen, die zentrale Rolle des Antisemitismus und der Verschwörungsmythen im Rahmen der Corona-Protteste hervorzuheben, und versucht dabei, das Augenmerk auf die Perspektive der Betroffenen zu richten und abzubilden, was die offene Artikulation des Antisemitismus im Zuge der Pandemie für Jüdinnen und Juden und ihren Alltag hierzulande bedeutet. Die Studie richtet dabei exemplarisch ein besonderes Augenmerk auf den Verschwörungsmythos QAnon, der im Zuge der Pandemie besonders populär wurde. QAnon ist ein Beispiel dafür, wie sich antisemitische Ideen im Zeitalter der Sozialen Medien über Ländergrenzen hinweg verbreiten und wie sich ihre Anhängerinnen und Anhänger vernetzen.

<https://ajcgermany.org/de/kommentar/pressemitteilung-das-american-jewish-committee-berlin-veroeffentlicht-die-untersuchung/> / eingesehen am 10. August 2021

<https://ajcgermany.org/de/broschuere/antisemitische-verschwoerungsmythen-zeiten-der-coronapandemie-das-beispiel-qanon/> / eingesehen am 10. August 2021

Baden-Württemberg:  
**NPD-Rechtsschulung in Karlsruhe**

Am 14. August hat der NPD-Kreisverband Karlsruhe Eigenangaben zufolge im Großraum Karlsruhe eine Rechtsschulung mit der Rechtsanwältin Nicole Schneiders organisiert und durchgeführt. Vor Ort sollen „ungefähr 25 interessierte Kameradinnen und Kameraden aller Altersklassen“ gewesen sein. Die Anwältin aus der rechtsextremen Szene war die Strafverteidigerin des Neonazis Ralf Wohlleben im NSU-Prozess. Zeitweilig gehörte die gebürtige Baden-Württembergerin Schneiders dem NPD-Kreisvorstand im thüringischen Jena an.

*Homepage NPD Baden-Württemberg / eingesehen am 16. August 2021*

Baden-Württemberg:  
**Badischer Staatsanwalt durch Gerichtsurteil aus dem Dienst entfernt**

Der Südbadener Staatsanwalt a.D. Thomas Seitz aus Freiburg, seit Oktober 2017 AfD-Bundestagsabgeordneter (Wiederwahl im September 2021), verliert seinen Beamtenstatus und darf nie mehr als Staatsanwalt arbeiten. Seitz wurde durch Urteil des Dienstgerichtshofs für Richter bei dem Oberlandesgericht Stuttgart aus dem Dienst entfernt. Der Dienstgerichtshof wies damit die Berufung von Seitz gegen das – inhaltlich gleichlautende – erstinstanzliche Urteil des Dienstgerichts für Richter zurück, mit dem dieses der vom Land Baden-Württemberg als Dienstherrn erhobenen Disziplinaranzeige und Nachtragsdisziplinaranzeige stattgegeben hatte.

Seitz hatte mehrfach zwischen 2015 und 2017 auf Facebook und auf seiner Homepage rassistische und die Justiz verächtlich machende Äußerungen gepostet. Das Land Baden-Württemberg hatte ihn daher bereits 2018 aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Nach der schriftlichen Urteilsbegründung hat der Staatsanwalt a.D. in seiner Zeit als aktiver Staatsanwalt mehrfach und kontinuierlich beamtenrechtliche Kernpflichten, insbesondere die Pflichten zur Verfassungstreue sowie zu Neutralität und Mäßigung, durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen im Internet im Zusammenhang mit seinem Wahlkampf in schwerer Weise verletzt und dadurch das Vertrauen des Landes als Dienstherrn und das Vertrauen der Allgemeinheit in seine pflichtgemäße Amtsführung vollständig und endgültig zerstört. Mit den von ihm in sehr zugespitzter Form verfassten bzw. verbreiteten, in ihrem Schwerpunkt migrantenfeindlichen (u. a. „Migrassoren“, „Invasion“), islamophoben sowie die deutsche Justiz delegitimierenden (u. a. „Gesinnungsjustiz“) Text- und Bildbeiträgen, für die er bewusst verstärkend die Autorität seines Amtes mit in Anspruch genommen habe, habe er – so der Dienstgerichtshof – die Grenzen der grundgesetzlich und durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantierten Meinungsfreiheit weit überschritten. Dieses über längere Zeit kontinuierlich praktizierte Verhalten mache es unmöglich, dass er in Zukunft nochmals als Staatsanwalt tätig werden könne. Die Entfernung aus dem Dienst sei deshalb unumgänglich und verhältnismäßig; mildere Disziplinarmaßnahmen reichten nicht aus. Die Revision gegen das Urteil zum Dienstgericht des Bundes wurde nicht zugelassen. Nach seiner Entfernung aus dem Beamtendienst wurde Seitz mit einer achtjährigen Sperre als Rechtsanwalt belegt.

*Aktenzeichen: Dienstgerichtshof für Richter bei dem Oberlandesgericht Stuttgart: DGH 2/19 / Dienstgericht für Richter bei dem Landgericht Karlsruhe: Urteil vom 13. August 2018 RDG 1/17*

<https://oberlandesgericht-stuttgart.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Medien/Urteil+des+Dienstgerichtshofs+fuer+Richter+bei+dem+Oberlandesgericht+Stuttgart+-+Staatsanwalt+durch+Urteil+aus+dem+Dienst+entfernt> / eingesehen am 15. Oktober 2021

<https://www.dgbrechtsschutz.de/recht/verwaltungsrecht/disziplinarrecht/themen/beitrag/ansicht/disziplinarrecht/staatsanwalt-durch-urteil-aus-dem-dienst-entfernt/details/anzeige/> / eingesehen am 4. Juli 2021

<https://www.badische-zeitung.de/afd-politiker-thomas-seitz-erhaelt-keine-zulassung-als-anwalt-204624912.html> / eingesehen am 9. August 2021

Baden-Württemberg:  
**Stuttgarter NSU-Akten in  
Karlsruher Dokumentationsstelle  
Rechtsextremismus überführen?**

Im baden-württembergischen Landtag gab es 2014 eine Enquetekommission und bis 2018 zwei Untersuchungsausschüsse, die sich mit der Aufarbeitung der Tattaten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) befassten. Die Landtagsfraktion der Grünen, namentlich deren Karlsruher Landtagsabgeordneter Alexander Salomon, schlagen vor, dass der in diesen Jahren zusammengetragene Aktenbestand in die Karlsruher Dokumentationsstelle Rechtsextremismus überführt wird. Salomon sieht in Karlsruhe eine besondere Chance: „Die neue Dokumentationsstelle Rechtsextremismus und auch die geplante universitäre Forschungsstelle bilden den idealen Rahmen, die Unterlagen auszuwerten und für Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen.“

<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Gruene-wollen-NSU-Akten-retten-512611.html> / eingesehen am 15. August 2021

Bundesweit:  
**Der letzte Überlebende des Auf-  
standes im Warschauer Ghetto  
ist verstorben**

Der 97-jährige Leon Kopelman, der letzte bekannte Überlebende des Aufstands im Warschauer Ghetto, ist tot: Kopelman ist in Israel gestorben. Der Aufstand im Warschauer Ghetto begann am 16. April 1943, dauerte fast vier Wochen und wurde von den deutschen Besatzern brutal niedergeschlagen. Der in Polen geborene Kopelman gehörte der „Jüdischen Kampforganisation“ (ZOB) an, die sich dem bewaffneten Widerstand gegen die NS-Besatzer und gegen die Deportationen von Ghettobewohnern in Vernichtungslager verschrieb. Der Aufstand im Warschauer Ghetto war das größte Ereignis jüdischen Widerstands gegen die Nazis.

<https://www.juedische-allgemeine.de/israel/er-war-der-letzte-uberlebende-des-aufstands-im-warschauer-ghetto/> / eingesehen am 17. August 2021

Bundesweit:  
**NSU-Terroristin Zschäpe  
rechtskräftig verurteilt**

Am 19. August bestätigte der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH), dass die Rechtsterroristin Beate Zschäpe, die einzige Überlebende der vom Generalbundesanwalt der Neonazi-Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zugerechneten Personen, rechtskräftig zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt ist. Zudem stellte das Gericht die besondere Schwere der Schuld fest, so dass eine Entlassung nach 15 Jahren ausgeschlossen ist. Zschäpes Revision scheiterte in allen zentralen Punkten. Ihre Aufgabe innerhalb des NSU war es demnach, für die unter falscher Identität lebende Gruppe „eine bürgerliche, unverdächtig erscheinende Legende aufzubauen und nach außen zu kommunizieren“, außerdem die finanziellen Angelegenheiten der Gruppe zu regeln und im Fall des Auffliegens dafür zu sorgen, dass ein Bekennervideo des NSU an die Öffentlichkeit kommt.

Vor drei Jahren wurde Zschäpe vom Oberlandesgericht (OLG) München wegen zehnfachen Mordes und anderer Straftaten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Auch die Verurteilung von Ralf Wohlleben, der für das Trio Waffen beschafft hatte, zu zehn Jahren Haft wegen Beihilfe zum Mord sowie von Holger Gerlach wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu drei Jahren, wurde bestätigt. Der NSU hatte in der Zeit zwischen 1999 bis 2011 mindestens neun Morde an Migranten begangen, in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen und ihren Kollegen Martin A. schwer verletzt sowie drei Bombenanschläge und 15 Raub- und Banküberfälle mit zahlreichen zum Teil lebensgefährlich Verletzten in der Bundesrepublik verübt. Nach einem misslungenen Banküberfall von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Eisenach am 4. November 2011 töteten sich die Rechtsterroristen. Im Falle des weiteren NSU-Mithelfers André Eminger wird am 2. Dezember die Revision beim Bundesgerichtshof mündlich verhandelt. Das Urteil soll am 15. Dezember ergehen. Er hatte vor dem OLG zweieinhalb Jahre erhalten. Eminger gilt als engster Komplize der NSU-Terroristen. Außerdem ist bei der Bundesanwaltschaft bis heute ein Verfahren gegen neun weitere mögliche NSU-Helfer offen, in dem bislang keine Anklage erhoben wurde.

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/nsu-bgh-rechtsextremismus-1.5386659/>  
eingesehen am 19. August 2021

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/keine-revision-im-nsu-prozess-die-buergerliche-fassade-des-terrors-17492488.html> / eingesehen am 19. August 2021

**Bundesweit:  
BKA-„Infoportal Extremismus-  
prävention“ gestartet**

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat das „Infoportal Extremismusprävention“ gestartet. Interessierte können sich über entsprechende Angebote informieren und den nächstgelegenen, passenden Anbieter – staatliche Institutionen, Vereine und Nichtregierungsorganisationen – finden. Dr. Uwe Kemmesies, Leiter der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA, konstatiert: „Die Extremismusprävention wird in Deutschland sehr engagiert betrieben.“ Allerdings habe bislang ein aktueller und zentraler Überblick über die verschiedenen Angebote gefehlt. Mithilfe eines vom BKA gestalteten „Präventionsatlas“ kann nun gezielt nach Präventionsprogrammen gesucht werden. Dabei können Filter eingestellt werden, etwa mit Blick auf das Alter der Zielgruppe oder nach der Form des Extremismus. Das Infoportal richtet sich an Fachkräfte wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, aber auch an Betroffene selbst und deren Angehörige. BKA-Präsident Holger Münch erklärte zu dem Angebot: „Für diese Präventionsarbeit, an der sich viele verschiedene Akteure beteiligen, bieten wir allen Interessierten ab sofort ein zentrales Informationsangebot an.“ Ziel sei es, das neue Informationsportal als Anlaufstelle zu etablieren.

Das Infoportal Extremismusprävention ist unter [www.handbuchextremismuspraevention.de](http://www.handbuchextremismuspraevention.de) sowie [www.extremismuspraeventionsatlas.de](http://www.extremismuspraeventionsatlas.de) erreichbar.

[https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite\\_Pressemitteilungen/2021/Presse2021/210818\\_pmInEx.html](https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2021/Presse2021/210818_pmInEx.html) /  
eingesehen am 20. August 2021

<https://www.behörden-spiegel.de/2021/08/18/infoportal-extremismuspraevention-gestartet/> /  
eingesehen am 20. August 2021

**Sachsen:  
Ermittlungen wegen T-Shirt  
mit Davidstern und Schriftzug  
„Ungeimpft“**

Die Polizei ermittelt wegen Volksverhetzung gegen einen 50-jährigen Impfgegner, der bei einer Corona-Demo unter dem Motto „Demokratie, Grundrechte, Freiheit und Menschlichkeit“ in Annaberg-Buchholz (Erzgebirgskreis) ein T-Shirt, auf dem der Davidstern gedruckt war, darunter der Schriftzug „Ungeimpft“, trug.

<https://www.tag24.de/nachrichten/regionales/erzgebirge-nachrichten/nach-corona-demo-im-erzgebirge-ermittlungen-gegen-impfgegner-50-wegen-volksverhetzung-2090736/>  
eingesehen am 22. August 2021

**Baden-Württemberg:  
Vor 100 Jahren wurde  
Matthias Erzberger von  
Rechtsterroristen erschossen**

Am 26. August 1921 wurde der 45-jährige Zentrums Politiker Matthias Erzberger im Schwarzwald bei einem Spaziergang mit dem Reichstagsabgeordneten Carl Diez am Kniebis, der Bergkuppe nordöstlich von Griesbach, ermordet. Diez, ein Parteifreund von Erzberger, wurde durch Schüsse schwer verletzt. Der gebürtige Schwabe Erzberger war der Politiker, der den Ersten Weltkrieg durch seine Unterschrift unter den Waffenstillstandsvertrag beendete und sich danach für die Annahme des Versailler Vertrags vehement einsetzte. Erzberger war Finanzminister und Vizekanzler der Weimarer Republik. Erstmals fiel ein Repräsentant der jungen deutschen Demokratie einem politischen Mord zum Opfer.

376 politische Morde wurden zwischen Januar 1919 und Juni 1922 reichsweit gezählt, davon wurden 354 durch rechtsextreme Täter ausgeübt. Erzbergers Mörder, der Student Heinrich Tillessen und der Kaufmann Heinrich Schulz, gehörten der rechtsterroristischen Organisation Consul (O.C.) an. Deren Zentrale verbarg sich in einem Reihenhaus in Schwabing hinter dem Decknamen „Bayrische Holzverwertungs-GmbH“. Dort hatte Manfred Killinger, der militärische Leiter der O.C., Schulz und Tillessen im Juli 1921 einen Umschlag in die Hand gedrückt, in dem sich der Auftrag befand, Erzberger zu beseitigen. Killinger amtierte später zeitweilig als NS-Ministerpräsident von Sachsen. Die ehemaligen Offiziere Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen gingen nach dem Mord ins Ausland und kehrten erst nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nach Deutschland zurück. Nach 1945 wurden die beiden Rechtsterroristen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, jedoch 1952 vorzeitig entlassen.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble erinnerte anlässlich des Jahrestages der Ermordung Erzbergers an den 2019 von einem Rechtsextremisten erschossenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. In Berlin gibt es bis heute keine Erzbergerstraße. Nicht nur die politischen Gegner taten sich mit der Erinnerung an Erzberger schwer. Berliner Lokalpolitiker diskutierten in den städtischen Gremien seit 1922, ob Straßen und Plätze nach dem Zentrumspolitiker benannt werden sollen. Über die entscheidende Abstimmung berichtete der „Vorwärts“ am 8. März 1923: „Die Forderung, bestimmte Straßen nach Erzberger (...) zu benennen, wurde von den Bürgerlichen abgelehnt, sogar vom Zentrum.“

Zu Ehren von Erzberger wird ein Konferenzraum des baden-württembergischen Innenministeriums in Matthias-Erzberger-Saal umbenannt.

<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Wo-Hass-und-Hetze-hinfuehren-513699.html> / eingesehen am 24. August 2021

<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Wo-Hass-und-Hetze-hinfuehren-513699.html> / eingesehen am 24. August 2021

[https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/gedenkveranstaltung-zum-100-todestag-von-matthias-erzberger-1/?pk\\_medium=newsletter&pk\\_campaign=210826\\_newsletter\\_daily&pk\\_source=newsletter\\_daily&pk\\_keyword=gedenken](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/gedenkveranstaltung-zum-100-todestag-von-matthias-erzberger-1/?pk_medium=newsletter&pk_campaign=210826_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily&pk_keyword=gedenken) / eingesehen am 26. August 2021

Lesetipp: Benjamin Dürr: *Erzberger. Der gehasste Versöhner*. Berlin 2021

Hörtipp: „Dieser Feind steht rechts“ Parallelen zwischen den Morden an Erzberger und Lübcke? Sprechen wir über Mord?! Der SWR2 True Crime Podcast.

Folge vom 2. August 2021: <https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/73116>

Quellenhinweise:

Die Akten des badischen Justizministeriums zum Mord an Matthias Erzberger und zum Prozess vor dem Landgericht Offenburg sind als Digitalisate einsehbar:

Zu den Akten des badischen Staatsministeriums in Karlsruhe: Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe Best. 233 Nr. 28379–28382: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=11240> (über die Stichwortliste Personen, Erzberger, M.)

Zu den digitalisierten Akten zum Prozess gegen die Mörder von Matthias Erzberger vor dem Landgericht Offenburg: Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg, Best. F 179/4: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/startbild.php?bestand=8538>

Bundesweit:

**Per Haftbefehl gesuchte rechtsextreme Straftäter**

Die Polizei fahndet nach Angaben der Bundesregierung nach Straftätern aus dem rechtsextremen Spektrum, gegen die ein Haftbefehl vorliegt. Ende März 2021 bestanden bundesweit 602 noch nicht vollstreckte Haftbefehle gegen 459 Personen, die dem politisch rechten Spektrum zuzuordnen sind, heißt es im August in der Antwort (BT-Drs. 19/32016) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 19/31382) der Linksfraktion. In einem Fall geht es den Angaben zufolge um eine terroristische Tat, in 24 Fällen um politisch motivierte Gewaltdelikte, überwiegend Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. 100 weitere Haftbefehle bestanden wegen Straftaten wie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung oder Beleidigung. In den übrigen Fällen geht es etwa um Diebstahl, Betrug oder Verkehrsdelikte.

<https://www.ulla-jelpke.de/2021/08/hunderte-nazis-fluechtig/> / eingesehen am 19. August 2021  
hib – heute im bundestag Nr. 977 vom 25. August 2021

Rheinland-Pfalz:

**Ex-Landesvorsitzender tritt aus AfD aus**

Uwe Junge, der ehemalige AfD-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz, trat am 29. August aus seiner Partei aus. Es gebe dort „politische Glücksritter“, „blöckende Stammtischproleten“, „überreizte Stimmung“, „bekenkende NS-Sympathisanten“ oder „wilde Verschwörungstheorien“. Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland habe seine „schützende Hand“ über den Höcke-Flügel der Partei gehalten. Die Junge Alternative sei zu einer „Höcke-Jugend“ verkommen. All das habe ihn zum Parteiaustritt motiviert, teilte Junge per Facebook mit. Der ehemalige Oberstleutnant des Heeres war von 2015 bis 2019 Landesvorsitzender und von 2016 bis 2021 Fraktionsvorsitzender im Landtag

>>>

von Rheinland-Pfalz. Er werde bei der nächsten Bundestagswahl die Partei Liberal-Konservative Reformer (LKR) wählen, schrieb Junge. Die Partei war 2015 von Bernd Lucke und anderen ehemaligen AfD-Mitgliedern gegründet worden. Junge ist nicht der erste und nicht der letzte Politiker, der die AfD im Streit verlässt. Wenige Tage nach dessen Parteiaustritt hat auch der Landtagsabgeordnete Matthias Joa Partei und Fraktion verlassen. Joa hat seinen Austritt unter anderem damit begründet, dass für ihn „als Konservativen und Demokraten“ Grenzen in der politischen Arbeit überschritten worden seien. Er verwies unter anderem auf die östlichen Landesverbände der Partei, „die offensichtlich kein Problem mit tatsächlichen Rechtsradikalen haben und diese nicht nur dulden, sondern diese bewusst integrieren“ wollten.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-landtagsfraktionschef-junge-tritt-aus-der-partei-aus-17507930.html> / eingesehen am 30. August 2021

<https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/bedeutung-eines-parteiaustritts-ex-landesvorsitzender-verlaesst-die-afd> / eingesehen am 1. September 2021

<https://www.rnd.de/politik/afd-rheinland-pfalz-zwei-prominente-austritte-binnen-weniger-tage-5BZLOAF7PT7W5GBB5PLTQVRSY.html> / eingesehen am 9. September 2021

**Baden-Württemberg:  
Waffenlager im Schwarzwald**

Das Landgericht Tübingen verurteilte einen 37-jährigen Mann aus Wildberg (Landkreis Calw) zu dreieinhalb Jahren Haft. Es sah es als erwiesen an, dass der gebürtige Thüringer mehrere Kriegswaffen, vollautomatische Maschinengewehre sowie diverse Munition und Schussvorrichtungen sowie Bücher über Sprengstoff und Munition besaß. Auch seine 24-jährige Freundin und zwei weitere Angeklagte im Alter von 43 und 48 Jahren wurden verurteilt. Der Angeklagte hatte zu Prozessbeginn im Juli zugegeben, das Waffenlager aufgebaut zu haben. „Ich habe 2015 aufgrund der Flüchtlingskrise damit begonnen und mich wegen der Unruhen bedroht gefühlt“, sagte er. Den Vorwurf der Staatsanwaltschaft, auch Sprengstoff hergestellt zu haben, wies er zurück. Für das Gericht stand jedoch fest, dass der Mann Chemikalien für den Bau von kleineren Sprengsätzen besaß.

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/prozesse-tuebingen-haftstrafe-fuer-angeklagten-wegen-illegalen-waffenlagers-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210831-99-35928/> / eingesehen am 31. August 2021

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/tuebingen-aufbau-eines-waffenlagers-37-jaehriger-zu-dreieinhalb-jahren-haft-verurteilt-a-5094344c-cf13-4606-a998-a5b2cca2aaa9#ref=rss/> / eingesehen am 31. August 2021

**Bundesweit:  
Erinnerung an Düsseldorfer  
Majdanek-Prozess vor 40 Jahren**

Die nordrhein-westfälische Justiz erinnerte an das Urteil im dritten Majdanek-Prozess vor 40 Jahren; die beiden ersten Prozesse fanden in Polen statt. Das Düsseldorfer Landgericht hatte fast sechs Jahre lang gegen Aufseher und SS-Leute des deutschen Konzentrationslagers Majdanek verhandelt. Am 30. Juni 1981 endete der Prozess um die NS-Verbrechen im KZ Majdanek mit Schuldsprüchen gegen zwei ehemalige KZ-Aufseherinnen und sechs SS-Männer. Mit dem Urteilsspruch ging der bis dahin längste Strafprozess in der deutschen Justizgeschichte zu Ende. Doch die verhängten Haftstrafen von dreieinhalb Jahren aufwärts, mehreren Freisprüchen und lediglich einer Verurteilung wegen Mordes erschienen den meisten internationalen Beobachtern und auch der deutschen Presse zu gering. Die österreichische Aufseherin Hermine Ryan (geb. Braunsteiner), die sich durch besondere Brutalität hervortat, wurde als einzige wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, 1996 jedoch begnadigt. Hunderttausende Menschen wurden in dem Konzentrationslager im polnischen Lublin vergast, hingerichtet, erschossen und erschlagen; sie starben an Seuchen, sie verhungerten oder gingen an den grausamen Bedingungen zugrunde.

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/geschichte-duesseldorf-erinnerung-an-duesseldorfer-majdanek-prozess-vor-40-jahren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210816-99-863077/> / eingesehen am 2. Oktober 2021

Baden-Württemberg:  
**Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg  
veranstaltete ein Sommerfest**

Ende August fand im Großraum Stuttgart-Reutlingen ein Sommerfest der Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg statt. Am Nachmittag standen Wettspiele auf dem Programm und es formierten sich hierfür drei Gruppen, um gegeneinander anzutreten. Angeboten wurde auch ein „Selbstverteidigungskurs“: „Neben den Grundlagen zum Boxen wurden auch einfache Griffe und Schwachpunkte des Körpers gelehrt. Auch über das ideale Verhalten bei Angriffen größerer Gruppen, welchen sich Nationalisten des öfteren stellen müssen, wurde aufgeklärt“, so die Neonazis in einem Eigenbericht.

*Homepage Der III. Weg / eingesehen am 6. September 2021*

---

Bundesweit:  
**Anschläge auf Flüchtlingsheime**

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rechnerisch noch immer jede Woche mindestens einen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim. Entsprechende vorläufige Zahlen gehen aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Demnach verzeichneten die Behörden im ersten Halbjahr 34 Vorfälle (Vorjahreszeitraum: 45 Fälle; 2020 insgesamt: 84 Fälle). 461 Übergriffe auf Flüchtlinge wurden im ersten Halbjahr 2021 registriert (Vorjahreszeitraum: 879 Fälle). Die Gewaltbereitschaft der meist rechtsextremen Täter entlädt sich in Form von Sachbeschädigungen, Schmierereien und Propaganda sowie in Überfällen oder Gewaltdelikten. In einigen Fällen geht es auch um Brandstiftung und gefährliche Körperverletzung. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 wurden noch 1.047 Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet – im Schnitt also fast drei am Tag.

*<https://www.br.de/nachrichten/meldung/jede-woche-gibt-es-anschlaege-auf-fluechtlingsheime,3003ff830/>  
eingesehen am 1. September 2021*

*<https://oldenburgernachrichten.de/19687/studie-jede-woche-anschlag-auf-fluechtlingsheim/>  
eingesehen am 31. August 2021*

---

## September

Bundesweit:

**Zahl rechtsextremer Gefährder steigt**

Nach Angaben des Bundeskriminalamts ist die Zahl der rechtsextremen Gefährder leicht gestiegen. Den Angaben zufolge galten am 1. September 73 Rechtsextremisten als Gefährder. Zu Beginn des Jahres 2021 waren es laut BKA noch 70. Als Gefährder gelten Personen, denen die zuständigen Behörden terroristische Anschläge zutrauen. Bundesweit werden 33.300 Menschen als Rechtsextremisten eingestuft, von denen wiederum 13.300 als potenziell gewaltorientiert eingeschätzt werden.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/bundeskriminalamt-rechtsextremismus-linksextremismus-islamismus-gefaehrder> / eingesehen am 10. September 2021

---

Baden-Württemberg:

**Politically Incorrect Freiburg ruft zur Wahl der AfD auf**

„Die schwarz-rote Koalition aus CDU und SPD hat eine schlechte Arbeit abgeliefert. Aber nach den derzeitigen Umfragen wird die nächste Koalition noch Schimmer werden, denn es bahnt sich ein Linksrutsch an“ (Fehler im Original), so die Freiburger Ortsgruppe des islamfeindlichen Internetportals Politically Incorrect (PI). Weiter heißt es: „PI-Freiburg ist nicht an eine Partei gebunden, aber wir geben eine klare Wahl Empfehlung ab: AfD. Die AfD ist die Partei, die sich eindeutig für die Förderung der Familien mit Kindern ausspricht und die derzeitige Zuwanderungspolitik (mit der Folge zunehmender Islamisierung) ablehnt.“ PI wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistisch“ eingestuft.

[Homepage PI-Freiburg](https://www.fr.de/politik/extremismus-bundesverfassungsschutz-beobachtet-islamfeindlichen-blog-pi-news-net-90482113.html) / eingesehen am 2. September 2021

<https://www.fr.de/politik/extremismus-bundesverfassungsschutz-beobachtet-islamfeindlichen-blog-pi-news-net-90482113.html> / eingesehen am 2. Oktober 2021

---

Baden-Württemberg:

**Christina Baum führt Wahlkampf gemeinsam mit Björn Höcke**

Am 4. September fand in Lauda-Königshofen (Main-Tauber-Kreis) eine Wahlkampfveranstaltung der AfD-Bundestagskandidatin Christina Baum, AfD-Abgeordnete von 2016 bis zum Frühjahr dieses Jahres im Landtag von Baden-Württemberg, statt. Zur Wahlkampfunterstützung der 1956 in der DDR geborenen Baum kam deren Angaben zufolge auch „mein lieber Freund und Parteikollege, der Thüringer AfD-Landeschef und Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag – Björn Höcke“.

Befragt nach ihrem Kurs in der Klimapolitik, äußerte Baum in einem Interview: „Der Begriff Klimapolitik suggeriert, dass wir Menschen einen Einfluss auf das Klima nehmen könnten. Ich lehne es ab, dass im Zuge einer solchen Politik unsere gesamte Gesellschaft und Industrie im Sinne einer globalen Planwirtschaft umgebaut werden soll.“

Jens Spahns Kinderwunsch bezeichnete Baum auf Facebook als „Genderideologie“. Außerdem deutete die Zahnärztin an, dass sich der Minister seine sexuelle Orientierung ausgesucht habe („Sie haben sich für Ihre Lebensweise entschieden“). Baum über den seit 2017 verheirateten Politiker und seinen Ehemann: „...wer von Ihnen beiden soll denn nun ‚Mamma‘ werden und das Stillen übernehmen?“ Spahn hatte in einem Interview erklärt, dass er und sein Ehemann zwar noch keine konkreten Pläne zur Familiengründung hätten, aber wegen ihres fortschreitenden Alters möglicherweise bald damit beginnen wollten.

[https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=39767](https://www.queer.de/detail.php?article_id=39767) / eingesehen am 19. August 2021

<https://www.facebook.com/Dr.Christina.Baum/> / eingesehen am 8. September 2021

<https://www.facebook.com/events/659318891714796> / eingesehen am 8. September 2021

<https://www.mainpost.de/regional/main-tauber/was-die-afd-bundestagskandidatin-christina-baum-fuer-main-tauber-plant-art-10653003> / eingesehen am 3. September 2021

---

Baden-Württemberg:  
**Partei Die Rechte provoziert vor  
 Synagoge in Pforzheim**

Für landesweite Schlagzeilen in Baden-Württemberg sorgten im Mai 2019 Anhänger der Neonazi-Kleinpartei Die Rechte bei ihrem Auftritt in Pforzheim. Aus einem Kleinbus heraus skandierten sie nach dem Gebet von Gläubigen vor der Synagoge in Pforzheim „Verlasst Deutschland“.

Der von der Stadt genehmigte Auftritt der Neonazis fand im Rahmen ihres hasserfüllten Wahlkampfes zur Europawahl statt. Rami Suliman, Vorsitzender der Pforzheimer Jüdischen Gemeinde und Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, wertete die Neonazi-Aktion als „unerträgliche Provokation“. Unweit der Synagoge hatten die Neonazis Plakate mit der Parole „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“ angebracht. Dieser Spruch ist eine Abwandlung der antisemitischen Parole „die Juden sind unser Unglück!“ des 1896 verstorbenen Historikers Heinrich von Treitschke. Die Parole wurde später zum Schlagwort des NS-Hetzblattes „Der Stürmer“. Das Pforzheimer Stadtgebiet verschandelten die Neonazis mit Plakaten mit der Bekanntmachung „Wir hängen nicht nur Plakate!“.

Bei Demonstrationen in Dortmund, der Hochburg der Partei Die Rechte, wurden in den letzten Jahren immer wieder antisemitische Parolen wie „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ gegrölt – ungestört von der Polizei. Das Plakat „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“ ist weiterhin ein Thema für die Justiz. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe stellte zwar kürzlich die Ermittlungen u.a. mit der Begründung ein, dass man die Urheberchaft der Plakate keiner konkreten Person zuordnen könne. Doch die Jüdische Gemeinde Pforzheim will nun Anklageerhebung beim OLG Karlsruhe erzwingen. Suliman will alle juristischen Möglichkeiten nutzen, damit seine Gemeindeglieder keine Wahlplakate der Neonazis mit Davidstern und antisemitischen Botschaften, pro forma getarnt als „Israel-Kritik“, sehen müssen. Die Jüdische Gemeinde will die Verfahrenseinstellung der Staatsanwaltschaft Karlsruhe nicht hinnehmen und beantragte nun die Anklageerhebung gegen die Parteivorsitzenden Sascha Krolzig und Sven Skoda.

*<https://bnn.de/pforzheim/pforzheim-stadt/antisemitische-plakate-juedische-gemeinde-pforzheim-will-anklage-gegen-parteiarchs-erzwingen/> / eingesehen am 7. September 2021*

Bundesweit:  
**Personenpotenzial der  
 „Reichsbürger und Selbst-  
 verwalter“ steigt**

Das Personenpotenzial der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ wird für das Jahr 2020 erstmals mit 20.000 Personen beziffert, ein Anstieg von 1.000 Personen seit 2019. Die Bundesregierung führt den Anstieg des Personenpotenzials auf die Querdenker-Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zurück. Dies zeigt eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion.

Reichsbürger und Selbstverwalter lehnen die Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik und ihrer Rechtsordnung ab und bestreiten die Gültigkeit des Grundgesetzes. Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie „haben zu einer erhöhten Dynamik und Aktivität in Teilen der ‚Reichsbürger‘- und ‚Selbstverwalter‘-Szene geführt“, heißt es seitens der Bundesregierung. „Die Ideologie der meisten Szeneangehörigen begünstigt eine Anschlussfähigkeit an verschiedenste Verschwörungserzählungen.“ Motivierend für die sogenannten Reichsbürger sei es dabei gewesen, dass diese durch andere Kritiker der Corona-Maßnahmen nicht ausgegrenzt worden seien, sondern diese gemeinsam mit ihnen protestierten.

*<https://www.welt.de/politik/deutschland/article253697240/Reichsbuerger-infiltrieren-Querdenker-Szene-mit-rechtsextremen-Ideen.html> / eingesehen am 10. September 2021*

Baden-Württemberg:  
**Gesellschaftliches Klima  
 durch Pandemie verroht**

In einem Interview mit der Rhein-Neckar-Zeitung äußerte sich der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) besorgt über die Auswirkungen der Pandemie auf das gesellschaftliche Klima. Es gebe eine „Verrohung, gerade in der Sprache.“ Der Hass richte sich gegen konkrete Einrichtungen und Personen. Die Pandemie wirke hier wie ein „Brandbeschleuniger“.

Als Innenminister sei für ihn insbesondere die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht hinnehmbar, die dieses Jahr wieder „einen traurigen Höchststand“ erreicht habe. Er sei nicht bereit, diesen Zustand zu akzeptieren. „Das geht gar nicht.“

Strobl verwies zudem auf die Heterogenität der Proteste. An den Demonstrationen beteiligten sich so unterschiedliche Gruppen wie Impfgegner, Esoteriker und Kritiker der Corona-Politik, aber auch Reichsbürger, Selbstverwalter und Verschwörungstheoretiker. „Diese toxische Mischung vergiftet diejenigen, die auf legale Art und Weise ihren Protest artikulieren wollen. Das ist das Gefährliche!“

*[https://www.rnz.de/politik/suedwest\\_artikel,-baden-wuerttemberg-innenminister-strobl-haelt-querdenker-bewegung-fuer-gefaehrlich-\\_arid,736378.html](https://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-baden-wuerttemberg-innenminister-strobl-haelt-querdenker-bewegung-fuer-gefaehrlich-_arid,736378.html) / eingesehen am 11. September 2021*

Baden-Württemberg:  
**Anschlag auf Mannheimer  
 Synagoge**

In der 36. Kalenderwoche wurde die Mannheimer Synagoge nach dem 13. Mai und dem 14. Juli nunmehr ein drittes Mal in diesem Jahr attackiert. Vermutlich wurde mit einer Softairwaffe auf das Sicherheitsglas geschossen. Als Folge war die äußere Scheibe eines mehrfach verglasten Fensters großflächig gesprungen.

<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/nach-erneuten-anschlag-auf-synagoge-mannheim-sicherheit-wird-verstaerkt/> / eingesehen am 14. September 2021

Baden-Württemberg:  
**Sommerfest des NPD-Kreis-  
 verbands Karlsruhe**

Am 11. September 2021 fand das diesjährige Sommerfest des NPD Kreisverbands Karlsruhe in der Region statt. Vortragsredner war der knasterfahrene Neonazi Ralph Kästner, „welcher von seinen (noch nicht lange zurückliegenden) Hafterfahrungen sprach“. Kästner, rechtskräftig wegen Rädelführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung verurteilt, war zeitweilig Betreiber des Neonazi-Portals Altermedia Deutschland. Auf dem Internetportal wurden Morddrohungen verbreitet, Menschen mit Ungeziefer gleichgesetzt und der Holocaust geleugnet. Für Musik sorgte der Liedermacher Renitenz. Vorgetragen wurden „diverse Klassiker der deutschnationalen Musikszene“.

*Homepage NPD Baden-Württemberg / eingesehen am 12. September 2021*

<https://www.fr.de/panorama/haftstrafe-betreiber-neonazi-portals-altermedia-rechts-12875849.html> / eingesehen am 1. August 2019

Baden-Württemberg:  
**Neues Zentralarchiv in Heidelberg,  
 um das jüdische Leben nach 1945  
 zu dokumentieren**

Im Rahmen eines Festakts wurden in Heidelberg die neuen Räumlichkeiten des Zentralarchivs zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland eröffnet. „Das Zentralarchiv birgt einen Schatz, das Gedächtnis der jüdischen Gemeinden“, sagte Josef Schuster, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland. Für die baden-württembergische Landesregierung nahm Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) an dem Festakt teil. „Ich bin froh, dass es für die Dokumentation des jüdischen Lebens in Deutschland nun ein modernes Archiv gibt, in dem das Archivgut sicher aufbewahrt und auch digitalisiert werden kann“, sagte Bauer.

Das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland wurde 1987 gegründet. Es ist eine Einrichtung des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das Landesarchiv Baden-Württemberg begleitet den Aufbau des Zentralarchivs seit seinen Anfängen. In seiner Konzeption knüpft die Einrichtung an das Gesamtarchiv der deutschen Juden an, das von 1905 bis 1938 in Berlin bestand. Hauptanliegen ist die Aufbewahrung und Erschließung von historisch wertvollem Schriftgut jüdischer Gemeinden, Verbände, Organisationen und Personen. Bislang war das Archivgut teils im Gebäude der Hochschule für Jüdische Studien, teils in einem Außenlager in der Kleinstadt Eppelheim untergebracht.

<https://zentralarchiv-juden.de/> / eingesehen am 17. September 2021

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/neues-zentralarchiv-zur-erforschung-der-geschichte-der-juden-17537046.html> / eingesehen am 17. September 2021

<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/in-den-tiefen-des-heiligen-alltags/> / eingesehen am 17. September 2021

Sachsen:  
**Hoyerswerda - Mob erzwingt erste  
 „ausländerfreie“ Stadt**

In den 1990er Jahren kam es in vielen Orten in der Bundesrepublik zu einem Anstieg rechtsextremer Gewalttaten: Mehrere Hundert fremdenfeindliche Straftaten wurden allein für September und Oktober 1991 registriert. Weltweite Schlagzeilen lieferte das sächsische Hoyerswerda, das heute für den Beginn der Geschichte rechtsextremer Gewalt im geeinten Deutschland steht. Vom 17. bis 23. September 1991 belagerten Neonazis sowie Anwohnerinnen und Anwohner Wohnblocks, in denen ehemalige DDR-Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Vietnam sowie Flüchtlinge lebten. Die Woche rassistischer Angriffe endete mit der Evakuierung der bedrohten Menschen aus der Stadt. Hoyerswerda galt in der DDR als ein Symbol des Aufbruchs in die sozialistische Moderne der 1960er Jahre. In rechtsextremen Kreisen wurde die Stadt nach den gewalttätigen Ausschreitungen als erste „ausländerfreie“ Stadt bezeichnet. Der Begriff „ausländerfrei“ wurde 1991 zum erstmals eingeführten „Unwort des Jahres“ gewählt.

<https://idw-online.de/de/news775979> / eingesehen am 21. September 2021

<https://www.miteinander-ev.de/hoyerswerda-1991-urszenen-rechter-gewalt-in-ostdeutschland/#more-2988> / eingesehen am 18. September 2021

<https://www.mdr.de/zeitreise/hoyerswerda-rassistische-ausschreitungen-100.html> / eingesehen am 22. September 2021

Bayern / Sachsen:  
**Der III. Weg plakatiert  
 „Hängt die Grünen!“**

Das Landgericht München I hat der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg mit Beschluss per einstweiliger Verfügung am 17. September das Aufhängen von Wahlplakaten mit dem Slogan „Hängt die Grünen!“ verboten. Die Formulierung jemanden „zu hängen“ werde in der Regel dahin verstanden, jemanden aufzuhängen, in sonstiger Weise zu töten oder körperlich zu verletzen, heißt es in dem Beschluss. Der Beschluss ist räumlich nicht begrenzt und gilt damit grundsätzlich bundesweit. Mit der Äußerung werde das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Antragsteller – also der Grünen – verletzt, so das Gericht.

Nach Auffassung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts stellen die Plakate „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ dar und erfüllen den Tatbestand der Volksverhetzung. Der Beschluss ist unanfechtbar. Dem Beschluss ging ein Streit zwischen dem III. Weg und der Stadt Zwickau voraus. Dort hatten die Neonazis ihre Plakate in unmittelbarer Nähe zu Plakaten von Bündnis 90/Die Grünen angebracht. Die Stadt hatte daraufhin das Abhängen der Plakate verfügt. Zur Begründung hieß es, dass der Slogan geeignet sei, den öffentlichen Frieden durch Aufstacheln zum Hass sowie durch einen Angriff auf die Menschenwürde der Mitglieder der Grünen zu stören, so das Gericht.

Dagegen klagten die Neonazis, zunächst mit Erfolg. Laut Beschluss des Verwaltungsgerichts Chemnitz durfte die Wahlwerbung hängen bleiben – allerdings unter der Auflage, dass die Plakate einen Abstand von 100 Metern zu den Plakaten der Grünen haben müssen. An dem Urteil gab es bundesweit Kritik. Zwickau legte dagegen Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Bautzen (Beschl. v. 21.9.2021, Az. 6 B 360/21) ein. Der III. Weg beruft sich beim „Hängen“ auf seine Parteilfarbe, ein dunkles Grün. In viel kleinerer Schrift wird das unter dem fett gedruckten Aufruf erklärt: „Macht unsere nationalrevolutionäre Bewegung durch Plakatwerbung in unseren Parteilfarben in Stadt und Land bekannt.“ Von der Mehrheit der Betrachter werde dieser Satz nicht wahrgenommen. Durch ihre gezielte Provokation erreichten die Neonazis bundesweit viel Aufmerksamkeit. Die 600 Mitglieder zählende Kleinstpartei wurde am 28. September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg) gegründet. Der III. Weg versteht sich als Alternative zur NPD und vertritt einen ausgeprägten neonationalsozialistischen Kurs. Die Gruppierung agitiert antisemitisch, ausländerfeindlich und revisionistisch. Im Juli 2021 wurde in Bayern eine Heilpraktikerin verurteilt, die an Aufmärschen der Partei teilgenommen hatte, auch als Ordnerin. Laut Urteil hatte Susanne G. unter anderem einen Terroranschlag auf Amtsträger oder Muslime vorbereitet. Ihr Ziel war es demnach, ein Klima der Angst zu schaffen. Zuvor hat sie laut Urteil Todesdrohungen und Munition an Lokalpolitiker und einen Moscheevereiner verschickt. Der III. Weg ist auch in Baden-Württemberg aktiv. So gedachten Aktivisten im September 2021 in Radolfzell den deutschen Vertreibungsoffern des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges. Eigenangaben zufolge wurden an einer Gedenktafel mit der Inschrift „Ob Kind dieser Stadt, ob Heimatvertrieben, ob im Feld auf der Flucht in der Heimat gefallen, ob Mann, Frau, oder Kind, vergesst sie nie“, im „stillen Gedenken Kerzen entzündet.“ Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 erhielt Der III. Weg 7.830 Zweitstimmen (0 Prozent).

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/landgericht-verbietet-einstweilig-plakate-haengt-die-gruenen,SjXjxko> / eingesehen am 20. September 2021

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-haengt-die-gruenen-plakate-muessen-laut-oberverwaltungsgericht-weg-a-7e08595b-a701-43ef-b5d5-ec6cda8dc349/> / eingesehen am 21. September 2021

<https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html> / eingesehen am 2. Oktober 2021

Rheinland-Pfalz:  
**Der erste Mord durch  
 einen Querdenker**

Am Abend des 18. September 2021 betrat der 49-jährige Mario N., ein Corona-Leugner sowie Impf- und Maskengegner, den Verkaufsraum einer Tankstelle in Idar-Oberstein ohne Maske und stellte zwei Sechserpack Bier auf den Tresen an der Kasse. Der 20-jährige Kassierer wies den Mann auf die Maskenpflicht hin. Daraufhin verließ dieser den Raum und hob dabei drohend die Hand. Gegen 21:45 Uhr betrat der Tatverdächtige laut Staatsanwaltschaft erneut die Tankstelle, diesmal mit Mund-Nasen-Bedeckung. An der Kasse habe er die Maske heruntergezogen. Der Kassierer habe den Mann erneut auf die Einhaltung der Maskenpflicht hingewiesen, so der zuständige Oberstaatsanwalt. Schließlich habe der Mann den Revolver gezogen und einen tödlichen Schuss auf den 20-jährigen Studenten aus Idar-Oberstein abgegeben. Anschließend sei er zu Fuß geflüchtet. Der Festgenommene hat den Angaben zufolge als Motiv angegeben, dass ihn die Situation der Corona-Pandemie stark belaste. Er habe sich in die Ecke gedrängt gefühlt und „keinen anderen Ausweg gesehen“ als ein Zeichen zu setzen. N. fiel bereits vor zwei Jahren auf einem Twitter-Profil mit Gewaltfantasien auf. „Ich freue mich auf den nächsten Krieg. Ja, das mag sich jetzt destruktiv anhören, aber wir kommen aus dieser Spirale einfach nicht raus“, schrieb N. im September 2019 auf Twitter. In seinem letzten Tweet auf dem Profil einen Monat später dann: „Meine Muskeln sind gespannt, mein Geist geschärft. Gnade denen, welche diese Situation heraufbeschworen haben. Oder nein, Gnade wäre unrecht“. Sein Twitter-Profil zeigt, wem er bei dem Kurznachrichtendienst folgte: AfD-Politikern wie Björn Höcke, Jörg Meuthen und Beatrix von Storch sowie Erika Steinbach, Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, aber auch dem ehemaligen Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen. Ebenso folgte er Medien und Medienaktivisten der rechten Szene wie Boris Reitschuster, Tichys Einblick, Die Achse des Guten oder Epoch Times (Deutschland).

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/trier/toetungsdelikt-trier-tankstelle-motiv-streit-um-maske-100.html> / eingesehen am 25. September 2021

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/idar-oberstein-ermittler-finden-weitere-waffen-bei-tankstellen-schuetze-mario-n-a-0ed34a82-b35c-434f-9261-33b17016569e> / eingesehen am 24. September 2021

<https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/mord-in-idar-oberstein-reaktionen-der-querdenker-szene/> / eingesehen am 23. September 2021

<https://www.rnd.de/politik/idar-oberstein-war-er-der-mutmassliche-moerder-twitterprofil-von-afd-fan-mit-kriegsfantasien-YM6YIZMWVNGKZHLTAFFLEBKCAM.html> / eingesehen am 22. September 2021

<https://twitter.com/sixtus/status/1440415926289985537> / eingesehen am 21. September 2021

Bundesweit:  
**Vor 80 Jahren - Judensternerlass**

Die Einführung des gelben Davidsterns, in der NS-Propaganda „Judenstern“ genannt, war eine der letzten Maßnahmen der Nationalsozialisten vor Beginn der Deportationen. „Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen“, so lautet Paragraph 1, Absatz 1 der Polizeiverordnung des Reichsinnenministeriums über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941. „Absatz 2. Der Judenstern besteht aus einem handtellergrößen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.“ Die „Polizeiverordnung zur Kennzeichnung der Juden“ trat am 19. September vor 80 Jahren in Kraft, unterzeichnet von Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).

[https://www.deutschlandfunk.de/vor-75-jahren-von-den-nazis-erlassen-die-polizeiverordnung.871.de.html?dram:article\\_id=364583](https://www.deutschlandfunk.de/vor-75-jahren-von-den-nazis-erlassen-die-polizeiverordnung.871.de.html?dram:article_id=364583) / eingesehen am 20. September 2021

Baden-Württemberg:  
**Weidel polarisiert weiter  
 in der Impfdebatte**

Alice Weidel, die AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl, hat sich am 19. September bei einem Wahlkampfauftritt in Friedrichshafen am Bodensee zum Thema Impfen geäußert. Weidel: „Ich persönlich bin nicht geimpft. Und ich werde eure Interessen, für die, die ungeimpft sind, die sich diskriminiert fühlen, werde ich eure Interessen im Deutschen Bundestag bis zum Ende vollumfänglich vertreten und sie verklagen und jagen, bis es nicht mehr weiter geht.“

PI-NEWS / eingesehen am 22. September 2021

Saarland:  
**Vor 30 Jahren – Brandanschlag  
auf Flüchtlingsheim**

27 Jahre war der 1964 in Ghana geborene Samuel Yeboah alt, als er am 19. September 1991 an den Folgen eines Brandanschlags auf das als Flüchtlingsheim genutzte ehemalige Gasthaus „Weißes Rößl“ in Saarlouis-Fraulautern starb. Mitten in der Nacht wurde ein Brandsatz in die Unterkunft geworfen. Zwei Personen wurden schwer verletzt, als sie aus den Fenstern sprangen, um sich zu retten. Yeboah starb Stunden später im Krankenhaus. Der Brandanschlag war bereits der fünfte Angriff auf Flüchtlingsunterkünfte in Saarlouis seit 1987. Neben dem Brandanschlag gibt es einen zweiten ungeklärten Fall im Saarland, den mit hoher Wahrscheinlichkeit Rechtsextremisten begangen haben: Am 9. März 1999 wurde mit Hexogen, einem militärischen Sprengstoff, ein Anschlag auf die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Saarbrücken verübt. Der an einer frei zugänglichen Außenmauer angebrachte Sprengsatz richtete am Ausstellungsgebäude und einer nahegelegenen Kirche erheblichen Sachschaden in Höhe von rund 255.000 Euro an. Trotz eines anonymen Bekennersbriefes konnte die Polizei die Täter nicht stellen. Aktuell laufen in dem Fall neue Ermittlungen, die allerdings bislang zu keiner Festnahme führten.

<https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/ehemalige-szenegr-e-als-brandstifter/>  
eingesehen am 22. September 2021

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saarland-fahnder-ermitteln-mutmasslichen-taeter-eines-rassistischen-brandanschlags-im-jahr-1991-a-8a1758f0-ed24-475a-b451-b84e6fe11403/>  
eingesehen am 14. Oktober 2021

[https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/keine\\_festnahme\\_im\\_fall\\_samuel\\_yeboah\\_saarlouis\\_100.html](https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/keine_festnahme_im_fall_samuel_yeboah_saarlouis_100.html) /  
eingesehen am 14. Oktober 2021

Berlin:  
**Durchsuchung im Carl-Arthur-  
Bühring-Haus der NPD**

Am 22. September wurde in der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick, dem Carl-Arthur-Bühring-Haus, der Arbeitsplatz des stellvertretenden Berliner NPD-Landesvorsitzenden, Oliver Niedrich, von der Polizei durchsucht. Gegen den Rechtsextremisten wird Medienberichten zufolge wegen des Verdachts auf Besitz von Kinderpornografie ermittelt.

Bühring (1906 – 2002), zuletzt Entwurfsarchitekt beim Staatlichen Hochbauamt in Stuttgart und NPD-Ehrenmitglied, war bis zu seinem Tod ein maßgeblicher Finanzier der NPD.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/verdacht-auf-besitz-von-kinderpornografie-razzia-bei-berliner-vize-npd-chef-oliver-niedrich/27638188.html> /  
eingesehen am 23. September 2021

*blick nach rechts*, 19/2000, S.15

Bundesweit / Baden-Württemberg:  
**Angriffe auf Impfzentren**

Drohungen, Brandstiftung, Sachbeschädigung - in allen Bundesländern außer Hamburg hat es Angriffe auf Impfzentren gegeben. Besonders viele Straftaten gab es in Sachsen und Bayern, so die Tagesschau. Wie eine Umfrage des Evangelischen Pressedienstes (epd) unter den Ministerien, Landeskriminalämtern und einer Kassenärztlichen Vereinigung offenlegt, gab es bundesweit mindestens 190 polizeilich relevante Fälle, die im Zusammenhang mit Corona-Schutzimpfungen stehen.

Mitglieder der sogenannten Querdenker-Szene blockierten am 22. September 2021 an zwei Schulen in Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis) den Impfbus des Ostalbkreises. In Freiburg hatten sich rund 100 sogenannte Querdenker vor dem Agnell-Bildungszentrum postiert. Sie skandierten: „Hände weg von unseren Kindern!“ Die private Montessori-Schule hatte den freiwilligen Corona-Impftermin für ihre Schülerinnen und Schüler organisiert. Im Ostalbkreis blockierte ein Dutzend Demonstranten den Impfbus des Kreises, als er zwei Schulen in Schwäbisch Gmünd ansteuerte. Auch in Rottenburg (Kreis Tübingen) wurde ein Impfbus auf dem Weg zum Gymnasium behindert. In diesen Städten musste die Polizei gerufen werden.

Die Auseinandersetzung ums Impfen ist so alt wie die Impfpflicht in Deutschland. Sie wurde 1874 vom Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt, um der Pocken Herr zu werden. Erste Impfgegner-Vereinigungen wurden 1869 in Leipzig und Stuttgart gegründet, 1872 erreichten erste impfskeptische Petitionen den Reichstag. In ihnen wurde behauptet, dass es „an einem, von der medicinischen Wissenschaft gelieferten philosophischen Nachweise“ fehle, ob einem „Eiterprodukt“ bzw. einer „thierische[n] Krankheit“, die in den menschlichen Körper gebracht werde, „eine Heilkraft zugeschrieben werden könne“.

<https://www.mdr.de/zeitreise/impfen-impfgegner-geschichte-des-impfens-100.html> /  
eingesehen am 5. März 2021

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.corona-impfaktionen-in-baden-wuerttemberg-querdenker-schuechtern-impfwillige-schueler-ein.725c3301-206b-4e49-9cc5-8df34a6c129f.html> /  
eingesehen am 26. September 2021

**Bundesweit / Baden-Württemberg:  
AfD verliert in 15 Bundesländern  
an Stimmen**

Die AfD erzielte bei der Bundestagswahl am 26. September bundesweit 10,3 Prozent (2017: 12,6) = 83 Sitze (2017: 94). Die Partei ist damit nur noch fünftstärkste Kraft und nicht mehr die stärkste Oppositionspartei im Parlament. Die AfD hat 16 Direktmandate für den Bundestag gewonnen. Das sind acht mehr als bei der Wahl 2017. Alle diese Mandate holte die AfD im Osten des Landes: zehn in Sachsen, vier in Thüringen und zwei in Sachsen-Anhalt.

In Sachsen ist die AfD mit 24,6 Prozent stärkste Partei, in Thüringen ebenfalls mit 26,4 Prozent. Thüringen war das einzige Bundesland, in dem die AfD mit 24 Prozent ihr Zweitstimmenergebnis im Vergleich zu 2017 verbessern konnte (plus 1,3 Punkte). In Baden-Württemberg verlor die AfD 2,6 Prozentpunkte und liegt nun bei 9,6 Prozent. 571.336 Wählerinnen und Wähler stimmten im Land für die AfD. Bundesweit erzielte die AfD 4.802.097 Zweitstimmen. Die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erreichte bei der Bundestagswahl im Wahlkreis Bodensee 8,96 Prozent. Als Erstplatzierte der AfD-Landesliste kann Weidel erneut in den Bundestag einziehen. Tino Chrupalla, neben Weidel ebenfalls AfD-Spitzenkandidat, erhielt in seinem Wahlkreis Görlitz 35,8 Prozent. Neben Weidel zieht u.a. auch die ehemalige baden-württembergische Landtagsabgeordnete Christina Baum in den Bundestag. Baum gründete die migrationsfeindliche Protestinitiative „Kandel ist überall“ und bedient die rechtsextreme Verschwörungserzählung vom „Bevölkerungsaustausch“ und der „Umvolkung“.

Die erst im Juli 2020 aus Protest gegen die Corona-Maßnahmen gegründete Basisdemokratische Partei Deutschlands (Kurzform: dieBasis) erzielte bundesweit 1,4 Prozent (= 628.000 Menschen wählten sie mit ihrer Zweitstimme, bei den Erststimmen kamen die Kandidaten der Basis gar auf 734.621). Ihr bestes Ergebnis fuhr die Partei in Baden-Württemberg ein: 1,9 Prozent (114.919 Zweitstimmen). Der Südwesten gilt seit Beginn der Corona-Pandemie als Hochburg der Querdenken-Szene, in Stuttgart gründete sich Querdenken 711.

<https://www.belltower.news/ueberblick-bundestagswahl-wer-waehlt-aus-welchen-gruenden-afd-121731/> /  
eingesehen am 27. September 2021

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/quo-vadis-ostdeutschland-74265/> /  
eingesehen am 27. September 2021

<https://www.rnd.de/politik/bundestagswahl-2021-alice-weidel-verpasst-direktmandat-ergebnisse-fuer-wahlkreis-bodensee-FGTJ3SVJEJHWJO7YPMUF7QCSKQ.html> /  
eingesehen am 27. September 2021

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-spitzenkandidatin-einstelliges-wahlergebnis-fuer-alice-weidel.d2ed57b4-0af9-4a01-a4ab-b5fa0f6a9d7d.html> /  
eingesehen am 27. September 2021

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/1-35-prozent-fuer-die-basis-ich-befuerchte-dass-man-den-zahlen-tatsaechlich-trauen-kann/27653576.html> /  
eingesehen am 27. September 2021

**Bundesweit:  
Vor 80 Jahren: Massaker  
von Babyn Jar**

Am 29. und 30. September 1941 erschossen deutsche Polizisten, SS-Männer, Wehrmachtsangehörige und einheimische Milizionäre in weniger als 36 Stunden in einer Schlucht auf dem heutigen Gebiet der ukrainischen Hauptstadt Kiew 33.771 Jüdinnen und Juden. Die Massenerschießungen waren das größte Einzelmassaker im Zweiten Weltkrieg auf europäischem Boden. Seitdem steht der Name Babyn Jar für eines der schlimmsten Massaker der Geschichte. Mit den Massenerschießungen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten der Sowjetunion in der zweiten Jahreshälfte 1941 begann der systematische Genozid gegen die europäischen Juden.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/massaker-babyn-jar-101.html> /  
eingesehen am 29. September 2021

Berlin:  
**Davidstern mit der Aufschrift  
„Ungeimpft“**

Weil er einen gelben Davidstern mit der Aufschrift „Ungeimpft“ verbreitet hat, wurde am 29. September 2021 ein 56-jähriger Mann von einem Berliner Gericht wegen Volksverhetzung verurteilt. Laut Generalstaatsanwaltschaft hatte er bei Facebook einen Post verbreitet, auf dem der gelbe Stern mit der Überschrift „Die Jagd auf Menschen kann nun wieder beginnen“ abgebildet war. Zu der Entscheidung heißt es: „Dieses Symbol vergleicht Nichtgeimpfte mit den verfolgten Juden in der Zeit des Nationalsozialismus“. Daher verharmlose es den Holocaust und sei strafbar. Laut Staatsanwaltschaft ist dieses Symbol insbesondere in der Querdenkerszene verbreitet. Der Mann wurde zu einer Geldbuße von 80 Tagessätzen verurteilt.

*<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2021/09/berlin-verurteilung-volksverhetzung-gelber-davidstern-impfgegner-antisemitismus.html> / eingesehen am 30. September 2021*

*<https://twitter.com/GStABerlin/status/1443551416556081163> / eingesehen am 30. September 2021*

---

# Index

- Orte**
- Annaberg-Buchholz (Sachsen) 9
  - Bad Neuenahr-Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) 4
  - Baden-Württemberg 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19
  - Bayern 4, 5, 8, 16, 18
  - Berlin 7, 10, 15, 18, 20
  - Bodensee (Baden-Württemberg) 17, 19
  - Bundesrepublik Deutschland 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19
  - Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) 11
  - Eppelheim (Baden-Württemberg) 15
  - Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) 5, 7, 13
  - Friedrichshafen (Baden-Württemberg) 17
  - Görlitz (Sachsen) 19
  - Greding (Bayern) 5
  - Halle (Sachsen-Anhalt) 5
  - Heidelberg (Baden-Württemberg) 15, 16
  - Hoyerswerda (Sachsen) 15, 16
  - Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) 17
  - Jena (Thüringen) 3, 7
  - Karlsruhe (Baden-Württemberg) 3, 7, 8, 14, 15
  - Kiew/Babyn Jar (Ukraine) 19
  - Kniebis (Baden-Württemberg) 9
  - Lauda-Königshofen (Baden-Württemberg) 13
  - Lublin-Majdanek (Polen) 11
  - Mannheim (Baden-Württemberg) 15
  - München (Bayern) 8, 16
  - Nordrhein-Westfalen 4, 11
  - Pforzheim (Baden-Württemberg) 14
  - Radolfzell (Baden-Württemberg) 16
  - Reutlingen (Baden-Württemberg) 12
  - Rheinau, Ortsteil Memprechtshofen (Baden-Württemberg) 4
  - Rheinland-Pfalz 4, 10, 11, 17
  - Röthenbach an der Pegnitz (Bayern) 16
  - Rottenburg am Neckar (Baden-Württemberg) 18
  - Saarbrücken (Saarland) 18
  - Saarland 18
  - Saarlouis, Stadtteil Fraulautern (Saarland) 18
  - Sachsen 3, 9, 15, 16, 18, 19
  - Sachsen-Anhalt 5, 19
  - Schwäbisch Gmünd (Baden-Württemberg) 18
  - Stuttgart (Baden-Württemberg) 7, 8, 12, 18, 19
  - Thüringen 3, 6, 7, 13, 19
  - Warschau (Polen) 8
  - Wildberg (Baden-Württemberg) 11
  - Zwickau (Sachsen) 3, 16
- 
- Institutionen, Parteien, Medien**
- Achse des Guten 17
  - Altermedia Deutschland 15
  - Alternative für Deutschland (AfD) 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 13, 17, 19
  - American Jewish Committee Berlin 7
  - Amtsgericht Schwabach 5
  - Basisdemokratische Partei Deutschlands (dieBasis) 19
  - Bayrische Holzverwertungs-GmbH 9
  - Bundesgerichtshof (BGH) 8, 9
  - Bundeskriminalamt (BKA) 5, 9, 13
  - Bündnis 90/Die Grünen 3, 4, 6, 8, 14, 15, 16,
  - Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 3, 4, 13, 14
  - Compact 4
  - Corona-Protestbewegung 4, 5, 6, 7, 9, 14, 17, 18, 19, 20
  - Der III. Weg 4, 12, 16
  - Der Stürmer 14
  - Desiderius-Erasmus-Stiftung 17
  - Deutsche helfen Deutschen BW 4
  - Die Linke 4, 5, 10, 12
  - Die Rechte 4, 14
  - Dienstgerichtshof für Richter bei dem Oberlandesgericht Stuttgart 7
  - Dokumentationsstelle Rechtsextremismus, Landesarchiv Baden-Württemberg 3, 8
  - Epoch Times 17
  - Europäische Kommission 6
  - Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt 9
  - Freie Demokratische Partei (FDP) 3, 4
  - Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 8
  - Generalstaatsanwaltschaft Berlin 20
  - Gesamtarchiv der deutschen Juden 15
  - Gruppe S. 5
  - Hochschule für Jüdische Studien, Heidelberg 15
  - Imbiss Kiez-Döner, Halle 5
  - Innenministerium Baden-Württemberg 6, 10, 14
  - Innenministerium Nordrhein-Westfalen 4
  - Jüdische Gemeinde Pforzheim 14
  - Jüdische Kampforganisation (ZOB) 8
  - Junge Alternative 10
  - Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“, Baden-Württemberg 6
  - Kandel ist überall 19
  - Landesarchiv Baden-Württemberg 3, 8, 10, 15
  - Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg 6
  - Landgericht Düsseldorf 11
  - Landgericht München 16

Landgericht Nürnberg-Fürth 5  
 Landgericht Tübingen 11  
 Liberal-Konservative Reformer (LKR) 11  
 Moscheevereine Röthenbach an der Pegnitz 16  
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 4, 7, 15, 16, 18  
 Nationale Hochwasserhilfe 4  
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) 3, 7, 8, 9  
 Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe 14  
 Oberlandesgericht (OLG) München 8  
 Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart 5, 7, 8,  
 Oberverwaltungsgericht Bautzen 16  
 Organisation Consul (O.C.) 9  
 Politically Incorrect 13  
 Polizei Thüringen 6  
 QAnon 7  
 Querdenker 4, 14, 17, 18, 19, 20  
 Reichsbürger 4, 14  
 Reichsinnenministerium 17  
 Reichssicherheitshauptamt 17  
 RIAS, Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. 7  
 Sächsisches Oberverwaltungsgericht 16  
 Selbstverwalter 4, 14  
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 3, 13  
 Staatsanwaltschaft Karlsruhe 14  
 Staatsanwaltschaft Tübingen 11  
 Synagoge Halle 5  
 Synagoge Mannheim 15  
 Synagoge Pforzheim 14  
 Tichys Einblick 17  
 Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg 5  
 Verfassungsschutz Thüringen 6  
 Verwaltungsgericht Chemnitz 17  
 Vorwärts 10  
 Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg 15  
 Zentralrat der Juden in Deutschland 15

## Namen

A., Martin 8  
 Balliet, Stephan 5  
 Bauer, Theresia 15  
 Baum, Christina 4, 13, 19  
 Bismarck, Otto von 18  
 Böhnhardt, Uwe 3, 8  
 Bühring, Carl Arthur 18  
 Chrupalla, Tino 19  
 Diez, Carl 9  
 Elsässer, Jürgen 4  
 Eminger, André 8  
 Erzberger, Matthias 9, 10  
 G., Susanne 16  
 Gärtner, Bert 5  
 Gauland, Alexander 10  
 Gerlach, Holger 8  
 Heydrich, Reinhold 17  
 Höcke, Björn 4, 6, 10, 13, 17  
 Jaeschke, Jan 4  
 Joa, Matthias 11  
 Junge, Uwe 10, 11  
 Kästner, Ralph 15  
 Kemmesies, Uwe 9  
 Kiesewetter, Michèle 3, 8  
 Killinger, Manfred 9  
 Kopelman, Leon 8  
 Krolzig, Sascha 14  
 Lübcke, Walter 10  
 Lucke, Bernd 11  
 Maaßen, Hans-Georg 17  
 Mair, Birgit 5  
 Mandic, Dubravko 5  
 Merkel, Angela 6  
 Meuthen, Jörg 17  
 Münch, Holger 9  
 Mundlos, Uwe 3, 8  
 N., Mario 17  
 N.N. (Tankstellenkassierer) 17  
 Niedrich, Oliver 18  
 Reitschuster, Boris 17  
 Renitenz (Liedermacher) 15  
 Ryan, Hermine (geb. Braunsteiner) 11  
 Salomon, Alexander 8  
 Schäuble, Wolfgang 10  
 Schneiders, Nicole 7  
 Schulz, Heinrich 9  
 Schuster, Josef 15  
 Seitz, Thomas 7, 8  
 Skoda, Sven 14  
 Spahn, Jens 13  
 Steinbach, Erika 17  
 Steinmeier, Frank-Walter 5  
 Storch, Beatrix von 17  
 Strobl, Thomas 14  
 Strunk, Daniel 4  
 Suliman, Rami 14  
 Tillessen, Heinrich 9  
 Treitschke, Heinrich von 14  
 Weidel, Alice 17, 19  
 Wohlleben, Ralf 7, 8  
 Wolle, Carola 5  
 Yeboah, Samuel 18  
 Zschäpe, Beate 3, 8



Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg  
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus  
[www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle](http://www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle)

Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.  
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:  
[dokumentationsstelle@la-bw.de](mailto:dokumentationsstelle@la-bw.de)